

AUTORINNENPAPIER

Stadt, Land, Zukunft – gleiche Chancen in allen Regionen

21. Mai 2021

Die Bundesregierung legte einen Zwischenbericht ihrer Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse vor. Wenig überraschend stellt sie sich eine positive Bilanz aus - doch selbst die zuständigen Bundesminister*innen Seehofer, Giffey und Klöckner sagen, es bleibe viel zu tun.

Viel ist in der Tat nicht geschehen, seitdem die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse im Sommer 2019 ihren Abschlussbericht vorlegte. Nach vier Jahren Koalition aus CDU/CSU und SPD fehlt es immer noch an mutigen Projekten, die einen echten Unterschied machen.

Abgeordnete der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gingen in ihrer Arbeit zu gleichwertigen Lebensverhältnissen einen Schritt weiter und [haben im Dialogprojekt „Stadt, Land, Zukunft“ viele Regionen real und virtuell besucht](#). Wir wollten nicht über die Menschen und Akteur*innen in ländlichen oder strukturschwachen Räumen sprechen, sondern mit ihnen. Unser Ziel war es, gemeinsam mit Akteur*innen aus den strukturschwachen Regionen tragfähige und passende Lösungen zu entwickeln und Maßnahmen im Gespräch darauf zu überprüfen, inwieweit sie die Lebensqualität spürbar verbessern. Wir haben eine repräsentative Telefonumfrage und mehrere Regional Konferenzen durchgeführt und diese mit einer bundesweiten Konferenz im Frühjahr 2021 abgerundet. So kamen rund 1.750 Bürger*innen direkt zu Wort.

Ergebnisse des Dialogs

Die Regionen leben von ihren Besonderheiten. Die Unterschiedlichkeit ist identitätsstiftend, aber zum Teil auch herausfordernd. Ein gutes Miteinander, Freiraum, Natur und engagierte Nachbar*innen wurden häufig als Pluspunkte in den ländlichen Räumen genannt. Doch, wenn man selbst zum Milch holen ein Auto braucht, die kaputte Heizung wegen Fachkräftemangel auch im Winter erst nach Tagen repariert wird und die Dorfmitte von leeren Geschäften gesäumt ist, wird deutlich, wie weit wir von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entfernt sind.

Zahlreiche Menschen engagieren sich bereits in ihrer Region und treiben neue Ansätze und Ideen voran. Diese lokal Engagierten schilderten uns ihre Schwierigkeiten: Oft fehlen geeignete Ansprechpartner*innen in der Verwaltung. Teils fehlen auch Strukturen und Verbindungen, um die Ideen und Konzepte passend aufzubereiten und politisch voranzutreiben. Teils fehlt das Know-How, um Fördermittel anzuwerben oder schlicht Ressourcen, um Anträge zu stellen und politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Außerdem mangelt es vielerorts an der politischen Unterstützung, um Neues zu wagen.

Fünf zentrale Forderungen zur Erreichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen wurden in unseren Gesprächen immer wieder genannt:

1 | Einfacher und stabiler fördern

Ein wiederkehrendes Thema war, dass oftmals das Geld zur Umsetzung von konkreten Projekten fehlt. Oftmals sind Fördermittel sehr spezifisch auf einen Teilbereich ausgerichtet und nicht kombinierbar. Die große Förderlandschaft ist zu unübersichtlich, um gezielt eine Förderung beantragen zu können. So kommen die Fördermittel nicht da an, wo sie am Dringendsten gebraucht werden. Es braucht daher schlankere Förderstrukturen – gerade für die strukturschwachen Regionen. Förderwürdige Projekte dürfen keine bürokratische und mehrjährige Vorlaufzeit haben. Sie müssen vielmehr rasch und ohne hohen administrativen Aufwand umgesetzt werden können. Stellen die Fördermittel nur eine Anschubfinanzierung dar, besteht nach dem Ende des Programms das Risiko, dass die laufenden Kosten nicht mehr getragen werden.

Am Beispiel: Das Zukunftszentrum Holzminden-Höxter forscht intensiv zur Frage, was junge Menschen in ländlichen Räumen hält. Es zeigt sich, dass wer mit dem Freizeitangebot einer Region zufrieden ist, auch lieber in der Region bleiben möchte. Die Freizeit gilt hier nicht nur dem Ausgleich zu Schule und Arbeit, sondern maßgeblich der sozialen Vernetzung, wie das Zukunftszentrum betont. So wird ein jugendgerechtes Freizeitangebot zu einem relevanten Strukturfaktor.

Hier müssen auch die ärmeren Kommunen in der Lage sein, unkompliziert und direkt im Gespräch mit der Jugend ein attraktives Angebot zu realisieren. Projekte, die bürokratisch und kompliziert beantragt werden müssen, werden oftmals nicht auf den Weg gebracht. Mit der konkreten Auswirkung, dass der Wegzug der Jugend in den Familien, auf dem Arbeitsmarkt und in der Region eine schmerzliche Lücke hinterlässt.

Das sollte getan werden:

Wir fordern einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu Fördermitteln. Wir möchten, dass die Menschen vor Ort eine lebenswerte Zukunft in der Region mitgestalten können. Dafür brauchen sie neben einer gut aufgestellten Förderkulisse eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Die Finanzierung von Projekten muss auch auf Dauer bestehen können. Für Kommunen, deren Kassen leer sind beziehungsweise die in Haushaltsnotlage sind, muss die Ko-Finanzierung bei Förderprogrammen auf ein Minimum abgesenkt werden. Wir machen uns dafür stark, dass Bund und Länder die Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen unterstützen, um mehr Know-How über den Mittelabruf in den Regionen aufzubauen und Zukunftsinvestitionen zu gewährleisten.

2 | Verlässlich mobil auch ohne eigenes Auto

Mobilität ist ein Kernthema in den ländlichen Räumen. In allen Regionalkonferenzen kam der Wunsch nach Alternativen zu den Fahrten im privaten PKW zur Sprache. Neben sicheren Fahrradwegen braucht es einen zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Es gibt vereinzelt bereits attraktive Ideen für Alternativen zum Privatauto, wie zum Beispiel in Merzig-Wadern, Saarland. Hier sollen ein deutlich ausgebauter Angebot, Busverbindungen mit einer sicheren Taktung an die Bahn und die Möglichkeit, Fahrräder mitnehmen zu können, den ÖPNV attraktiver machen. Aber vielfach fehlt es an der Finanzierung. Das zeigt auch ein Beispiel aus Nordwestmecklenburg, wo

Privatpersonen nach zwei Jahren ihr ambitioniertes Konzept aus Bürgerbussen und Car-Sharing im Dorf aufgeben mussten, da sie sich den finanziellen und organisatorischen Hürden ohne Rückendeckung der Verwaltung nicht gewachsen sahen.

Ein gutes Konzept zur Stärkung der Mobilität in den ländlichen Räumen sind zum Beispiel Mobilitätsstationen. Hier werden verschiedene Mobilitätsangebote gebündelt, etwa am Busbahnhof, wo ein Car-Sharing-Angebot, E-Ladestationen und Leihräder die Weiterfahrt erleichtern. Wenn diese Orte zum Beispiel mit Angeboten der Nahversorgung oder einem gastronomischen Angebot aufgewertet werden, können sie schnell ein beliebter Treffpunkt werden.

Das sollte getan werden:

Wir fordern eine verlässliche finanzielle Grundstruktur, um neuartige Mobilitätskonzepte und passgenaue Angebote in allen ländlichen Räumen ausbauen zu können. Dazu gehört die Förderung von Mobilitätsstationen mit 100 Millionen Euro jährlich.

Ein weiterer Baustein ist die Mobilitätsgarantie. Sie ermöglicht allen Menschen Zugang zu einem attraktiven und verlässlichen Nahverkehrsangebot in bundesweit gültige Mindestbedienstandards und Qualitätsvorgaben. Hier müssen Bund und Länder gemeinsam finanzielle Grundlagen schaffen.

Im Rahmen einer neu zu schaffenden neuen Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ sollen gezielt zusätzliche Mittel für strukturschwache Regionen zur Verfügung gestellt werden.

Als weitere Angebote wollen wir einen Mobilpass einführen, der Tickets vom Leihfahrrad bis zum Bahnticket auf einer bundesweiten Plattform regelt. Wir fordern Bahnstrecken zu reaktivieren, mehr Mittel und bessere Planungsmöglichkeiten beim Fahrradwegebau, rechtliche Verbesserungen für die Durchführung von Sharing-Angeboten und regionale Ausbauziele für E-Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum.

Die finanzielle Ausstattung strukturschwacher Regionen ermöglicht unter anderem die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte, die auch da ankommen, wo der Linienverkehr nicht greifen kann.

3 | Orte des Zusammenhalts sichern

„Willkommen zurück!“ In vielen ländlichen Regionen gibt es Wiederkehrer*innen, die nach Jahren zurück in ihre Heimat ziehen. Wir haben sie gefragt, warum sie wieder da sind. Es sind vor allem sozialen Strukturen, die Freund*innen, die Familie und vertraute Geselligkeit, die zur Rückkehr locken. Gemeinden, die diesem Zusammenhalt einen Raum geben können, haben eine höhere Resilienz gegenüber Überalterung, Verödung und leeren Gemeindegeldkassen.

Es braucht Orte, an denen man sich über die Milieugrenzen hinweg zwanglos treffen kann, denn sie tragen maßgeblich zur Vernetzung der Ansässigen bei. Diese Dorfläden, Vereinstreffs, Sportstätten und Kulturhäuser müssen erhalten und, wo nötig, auch neu eingerichtet werden. Dann haben auch die, die noch da sind und bleiben wollen, bessere Perspektiven.

Prof. Claudia Neu betonte [bei der bundesweiten „Stadt-Land-Zukunft“-Konferenz](#) vor einigen Wochen, dass es Orte der Begegnung und des Zusammenhalts seien, an denen Menschen Antworten auf die lokalen Bedarfe aushandelten und Ideen entwickelten.

An ebendiesen Orten können neue Kontakte entstehen und im Entstehen von neuen Kontakten sieht Prof. Heinz Bude den Kitt der Gesellschaft über Milieu-Grenzen hinweg. Hier entsteht das Gefühl der Zugehörigkeit und ein „Gesehen werden“, die zur Lebensqualität beitragen.

Gesellschaftliche Teilhabe braucht eine entsprechende Infrastruktur. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen muss daher lokale Handlungsspielräume erlauben und krisenfest ausgestaltet werden.

Die Corona-Krise lässt jedoch befürchten, dass die Folgen der Pandemie große Lücken in die kommunalen Kassen reißen. Wenn keine Finanzmittel für sogenannte freiwillige Leistungen, wie Sport- oder Kultureinrichtungen übrig bleibt, hat das direkte Auswirkungen auf das gemeinschaftliche Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Regionen.

Das sollte getan werden:

Besonders die von hohen Altschulden belasteten Kommunen brauchen endlich ein Signal von Bund und Ländern, dass sie in der Corona-Krise nicht vergessen wurden. Bei der Zuweisung neuer gesetzlicher Aufgaben an die Kommunen muss gesichert sein, dass diese vom Bund auch aufgabengerecht finanziert werden. Zudem müssen Bund und Länder wie im Vorjahr übereinkommen, dass den Kommunen bei pandemiebedingten Steuerausfällen weiterhin geholfen wird.

4 | Orte und Infrastrukturen für neues Leben und Arbeiten

In den Städten ist der Wohnraum knapp. Gleichzeitig gibt es in ländlichen Räumen Leerstand. Das Potential der ländlichen Regionen ist ihr Gestaltungsraum. Was braucht es, um einen attraktiven Wohnort entstehen zu lassen?

Oft wissen Bewohner*innen vor Ort genau, was fehlt: vielleicht fußläufig ein Geschäft für den täglichen Bedarf, eine Alternative zur überlangen Pendelei in die Stadt oder Angebote für die halbwüchsigen Kinder, die dem Spielplatz längst entwachsen sind. Neben der Versorgung mit schnellem Internet sind auch Angebote der sozialen Daseinsvorsorge und weiche Faktoren der Lebensqualität immer wichtiger geworden.

Förderprogramme für die Wiederbelebung leerstehender Gebäude im Ortskern können hier Rückendeckung für eine Dorf-Entwicklung von unten bieten, nicht investimentgetrieben, sondern sozial initiiert. So lassen sich zum Beispiel alte Häuser mit neuem Leben füllen und junge und ältere Menschen einladen, neue Wohnformen zu etablieren. Inklusive Projekte, neue Formen des Arbeitens, zum Beispiel in Co-Work-Spaces, könnten den Dörfern eine individuelle Attraktivität geben und auch Zuzug befördern.

Hier entstehen Treffpunkte, an denen etwas los ist, weil sie den Bedürfnissen der Bewohner*innen entsprechen.

Das sollte getan werden:

Wir fordern daher eine konkrete Förderlinie, die Kommunen und gemeinnützige, genossenschaftliche und privaten Initiativen bei der Durchführung innovativer Wohnprojekte mit Ausstrahlungskraft auf die Dorfentwicklung unterstützt.

Wir wollen den Kommunen ermöglichen, Baupotenziale in den Ortskernen leichter zu erschließen, um eine schädliche Zersiedelung zu vermeiden. Wir fordern daher die finanzielle Förderung vom Ausbau bisher leerstehender Gebäude.

Darüber hinaus ermöglicht die neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge den Kommunen im Dialog mit ihren Bürger:innen die Daseinsvorsorge passgenau dort zu verbessern, wo sie unmittelbar zu einem Mehr an Lebensqualität führt.

5 | Regionale Wertschöpfung und Fachkräftesicherung

Lebensmittel auf dem Tisch zu haben, die in der Region geerntet und verarbeitet wurden, stärken nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern auch das Selbstbewusstsein einer Region für ihre Produkte. Die Wertschöpfungsketten vor Ort zu erhalten und auszubauen, ist ein zentraler Ansatz für eine starke Regionalwirtschaft. Wirtschaftscluster und eine nachhaltige Vermarktung stärken die Unternehmen und verschiedenen Akteur*innen vor Ort, von den Erzeuger*innen über das Lebensmittelhandwerk bis hin zu Gastronomie und Tourismus. So können Synergien und langfristige Arbeitsplätze entstehen. Ergänzend ermöglicht die Entwicklung digitaler Versorgungsangebote eine gute Nahversorgung, die es den Menschen ermöglicht, in verschiedenen Lebenslagen in der Region zu bleiben.

Das Handwerk insgesamt ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in ländlich geprägten Regionen. Die Herausforderung ist hier, den Nachwuchs im Handwerk sicherzustellen. Dafür muss die Berufsorientierung in den Schulen verbessert und die Berufsausbildung stärker flexibilisieren und modularisieren werden, um sie für Menschen in verschiedenen Lebensphase und mit ungewöhnlichen Bildungsbiographien attraktiver zu machen. Um Fachkräfte in die Regionen zu holen und hier zu halten, sind die Attraktivität der Orte, aber auch gute Ausbildungsangebote wesentlich. Die Durchlässigkeit der Abschlüsse muss sichergestellt werden. Die Meisterkurse und der Meisterbrief müssen kostenfrei angeboten werden.

Das sollte getan werden:

Wir wollen die Förderung für Betriebe, die regional vermarkten und für die Region strukturell bedeutsam sind, gezielt auszubauen, unter anderem im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Wir schaffen ein Bundesprogramm „Direktverarbeitung und -vermarktung in den Regionen“ zur Förderung regionaler Wertschöpfung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“.

Was tun? Der Pakt für lebenswerte Regionen

Der Dialogprozess zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen hat noch einmal gezeigt, dass es grundlegende Veränderungen im Fördersystem braucht. Deshalb fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag ein neues Fördersystem. Wir wollen einen Pakt für lebenswerte Regionen etablieren. Er besteht aus einer neuen Gemeinschaftsaufgabe, dem Bund-Länder-Förderprogramm "Regionale Daseinsvorsorge" und eine Kompetenzagentur für starke Regionen. So geben wir den Menschen vor Ort Mittel,

Macht und Möglichkeiten, eigene Lösungen für ihre regionalen Bedarfe zu entwickeln und diese umzusetzen.

Für die neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ (GRD) ist eine Grundgesetzänderung nötig. Aber die lohnt sich. Damit wäre endlich eine längerfristige Finanzierung für strukturschwache Regionen möglich, statt immer nur die nächste neue Projektförderung, die schwer abzurufen ist.

Wir wollen feste Beträge als Regionalbudgets in die Verantwortung regionaler Akteur*innen in strukturschwachen Regionen legen. Sie sind dafür bestimmt, Angebote zu etablieren, die vor Ort als vordringlich für gleichwertige Lebensverhältnisse angesehen werden. Das kann personelle oder organisatorische Unterstützung für die Durchsetzung des Breitbanduniversaldienstes sein. Oder auch ein Kulturhaus, das lange geplant, aber nie verwirklicht werden konnte, inklusive eines Grundstocks an Personal. Oder das Holzbau-Forschungs- und Ausbildungszentrum, mit dem die regionale Holz- und Bauwirtschaft gestärkt wird. Oder andere Infrastrukturen, mit denen Jugendliche eine Ausbildungs- und wirtschaftliche Perspektive erhalten, nach der Schule in der Region zu bleiben.

Mit einer GRD wäre auch eine Verbesserung vorhandener Regionalmanagementstrukturen möglich. Lokale Teams, die die Bedarfe der Region in einem demokratisch legitimierten Beteiligungsprozess feststellen und die vorhandenen Ideen in Umsetzungsperspektiven überführen. Die können die Akteur*innen vor Ort dabei entsprechend beraten und unterstützen. Mit Regionalbudgets und Regionalmanagements wird vor Ort am besten entschieden, wie die Mittel eingesetzt werden.

Wir wollen außerdem eine Kompetenzagentur mit dezentralen Anlaufstellen etablieren. Diese erleichtert es sowohl den Regionalmanagements als auch Vereinen, Initiativen, Kommunen und Betrieben, ihre Region fit für die Veränderung zu machen. Fördermittel zu akquirieren, Personal in den Verwaltungen zu schulen. So könnten die Kommunen, Städte und Landkreise, in denen seit Jahren Investitionen für die öffentliche Grundversorgung fehlen, entsprechende Mittel zugänglich gemacht werden und Mobilität, digitaler Anschluss und sonstige lokal vordringliche Aspekte der Grundversorgung endlich besser gewährleistet werden. Außerdem erreichen wir, dass die schlechten Abrufquoten von bestimmten Förderprogrammen verbessert werden.

Mit der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ wollen wir gemeinsam mit Bund und Ländern jedes Jahr zunächst 1,1 Milliarden Euro für die Regionen mit den größten strukturellen Herausforderungen zur Verfügung stellen.

Fazit

Regionen brauchen Spielraum für Gestaltung, sie benötigen eine Grundversorgung mit den Dingen des alltäglichen Bedarfs. Sie müssen fit werden für Projektförderung, brauchen aber auch stabile Finanzierungsformen, sichere Kommunalfinanzen, und eine

einfachere Förderlandschaft. Wir wollen jetzt handeln und gemeinsam mit den Bundesländern einen Pakt für lebenswerte Regionen schließen. Über die einzelnen Schritte wollen wir auf Dauer mit den Menschen und Akteur*innen in strukturschwachen Regionen im Gespräch bleiben, um Fallstricke zu kennen und bei Bedarf weitere Gesetze mit Blick auf regionale Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse zu vereinfachen. Mit dem neuen Bund-Länder-Programm „Regionale Daseinsvorsorge“ machen wir den Anfang.

Britta Haßelmann, Sprecherin für Kommunalpolitik

Markus Tressel, Sprecher für ländliche Räume und Regionalpolitik

Claudia Müller, Mittelstandsbeauftragte

Stefan Schmidt, Sprecher für Kommunalfinanzen